

# INI-4

**Titel** Nein zum neuen PAG!  
**Antragsteller\*innen** Jusos Schwaben, Jusos Oberbayern, Jusos Oberpfalz  
**Adressat\*innen**

---

## Nein zum neuen PAG!

- 1 Das Polizeiaufgabengesetz (kurz: PAG) regelt die Aufgaben und Befugnisse der bayerischen Polizei. So be-  
2 stimmt das Gesetz, wann und wie Polizist\*innen in Grundrechte Einzelner eingreifen können, z.B. bei Durch-  
3 suchungen, Platzverweisen oder dem Sammeln von Informationen.
- 4 „Traditionell sind wir Jahr für Jahr Spitzenreiter bei der Inneren Sicherheit!“, so wird in der aktuellen Kriminal-  
5 statistik mit der Polizeiarbeit der letzten Jahre in Bayern geworben. Die vor kurzem veröffentlichte Kriminal-  
6 statistik zeigt zum wiederholten Male auf, dass wir sowohl in den Großstädten als auch auf dem Land sehr  
7 sicher leben. Auch die Zehnjahresstatistik zeigt deutlich, dass wir sicherer als nie zuvor in Bayern leben und  
8 die Straftaten auf einem Tiefstwert sind. Auch die Behauptung, die gerne von Rechten benutzt wird, dass die  
9 Ausländerkriminalität gestiegen sei, konnte durch die Statistiken widerlegt werden. Der vielfach zitierte Krimi-  
10 nalitätsanstieg 2015/2016 ist auf Verstöße nach dem Aufenthaltsgesetz, Asylgesetz und Freizügigkeitsgesetz  
11 der EU zurückzuführen.
- 12 Dennoch will die CSU am 15.Mai 2018 im Bayerischen Landtag das in Deutschland härteste Polizeiaufgaben-  
13 gesetz (PAG) seit 1945 in zweiter Lesung verabschieden. Noch vor der Landtagswahl soll das Gesetz in Kraft  
14 treten.
- 15 Bereits die Art und Weise, wie die CSU das geplante Gesetz durch den Landtag bringen möchte ist äußerst  
16 intransparent und bedenklich. Obwohl eine Mehrheit für das Gesetz durch die CSU-Fraktion praktisch sicher  
17 ist, wird konsequent versucht eine öffentliche Debatte über das Gesetz zu behindern. Gerade die CSU, die sich  
18 bei innenpolitischen Themen sonst für keine Inszenierung zu schade ist, veröffentlichte bisher zu dem Thema  
19 lediglich eine Pressemitteilung. In einem der entsprechenden Ausschüsse im bayerischen Landtag wurden zu  
20 dem komplexen, 200 Seitigen Antrag lediglich zweieinhalb Stunden Expert\*innen angehört.
- 21 Die CSU scheut Debatte, doch gerade mit Blick auf den Inhalt des Gesetzes wird deutlich, dass die politische Op-  
22 position aber auch die Zivilgesellschaft diesen Gesetzesentwurf verhindern muss. In vielerlei Hinsicht bedro-  
23 hen die geplanten Befugnisse nicht nur unsere Bürger\*innenrechte, sondern unterhöhlen auch fundamentale  
24 Prinzipien unseres Rechtsstaats.
- 25 Die neuen Befugnisse sollen nicht nur dann, wenn es um die Abwehr terroristischer Bedrohungen geht, genutzt  
26 werden können, sondern auch in der alltäglichen Polizeiarbeit.
- 27 So will die Staatsregierung mit dem neuen Gesetz die Schwelle für weitere polizeiliche Maßnahmen deutlich  
28 absenken und Eingriffe bereits bei drohenden Gefahren, also noch bevor sich eine Gefahrensituation konkre-  
29 tisiert hat, ermöglichen. Unter dem Vorwand „Gefahr in Verzug“ darf dies auch ohne richterliche Genehmigung  
30 erfolgen. Es erleichtert das Racing-Profilung bei ohnehin schon durch Stigmatisierung benachteiligten Perso-  
31 nen, die im Fokus von polizeilichen Ermittlungen stehen könnten.
- 32 Bereits im August 2017 ist es mit dem sogenannten „Gefährdergesetz“ ermöglicht worden, statt bisher 14 Tage,  
33 nun drei Monate in Präventivhaft genommen zu werden. Nach spätestens drei Monaten muss ein\*e Richter\*in  
34 darüber entscheiden, ob diese um weitere drei Monate verlängert wird, wobei es keine maximale Anzahl an  
35 Verlängerungen gibt und somit eine theoretische „Unendlichkeitshaft“ ohne Anklage möglich ist.
- 36 Zudem sollen Gesichts- und Verhaltenserkennung generell bei Demonstrationen eingesetzt werden, auch  
37 wenn diese offensichtlich friedlich ablaufen. Auch im alltäglichen Leben sollen DNA-Analysen als erkenntungs-

38 dienstliche Maßnahme zur Feststellung der Augen-, Haar- und Hautfarbe, des biologischen Alters und der bio-  
39 geographischen Herkunft der\*s Spurenverursachers\*in ermöglicht werden. Drohnen können nun viel leichter  
40 zum Einsatz kommen, um heimlich Menschen abhören und ausspionieren zu können. Die Grenze zu geheim-  
41 dienstlichen Aufgaben wird bewusst aufgelöst. Dies sieht man auch zur neuen Regelung zur leichteren Einset-  
42 zung von V-Personen. Diese können so zum Beispiel ohne richterliche Kontrolle eingeschleust werden.

43 In der digitalen Welt, die immer mehr zum Mittelpunkt sozialer und beruflicher Kontakte wird, werden die  
44 Befugnisse ebenfalls drastisch ausgeweitet, wie zum Beispiel bei der Überwachung der Handys und E-Mails.  
45 Clouds können durchsucht und Daten verändert werden. Durch den sogenannten Staatstrojaner sind diese  
46 auch befugt, Kommunikationsdaten zu speichern und zu manipulieren.

47 Nach Befassung mit dem Gesetzesentwurf wird klar: Der CSU geht es hierbei keineswegs um die Erhöhung  
48 der Sicherheit im Freistaat. Viel mehr ist es der Versuch, auf schnelle und unauffällige Weise massive Eingriffe  
49 in das Privatleben und die Rechte der Bürger\* innen zu ermöglichen. Angesichts der Vorstellung, was derar-  
50 tige Befugnisse erst in den falschen Händen ermöglichen würden wirkt die Stellungnahme der CSU, Ziel des  
51 Gesetzesentwurfs sei die „Stärkung der Bürgerrechte“, wie ein zynischer Witz. Es ist zu befürchten, dass Bun-  
52 desinnenminister Seehofer in Zukunft ähnliche Gesetzesvorhaben auch auf Bundesebene planen wird.

53 Statt durch populistische Verschärfungen das subjektive Angstgefühl der Bevölkerung zu schüren und Poli-  
54 zist\*innen aus ihren Inspektoren durch nicht Zusatzarbeiten bei Großveranstaltungen und Grenzkontrollen  
55 zu überlasten, sollte die Staatsregierung die Aufstockung der Polizeiarbeit vor Ort für präventive Arbeit forcie-  
56 ren.

57 Wir Jusos Bayern gehen bereits gegen die im August stattgefundenen Änderungen mit einer Popularklage vor.  
58 Ferner schmieden wir Bündnisse, um gegen die neuerlichen Änderungen

59 des PAG auf die Straße zu gehen. Dies zählt zu unserem Selbstverständnis und wir werden auch bei weiteren  
60 Versuchen gesellschaftliche Freiheiten einzuschränken nicht ruhen.

61 Die BayernSPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, jegliche Verschärfungen des PAG, insbesondere die vor-  
62 liegende Fassung vom 30.01.2018 (Drs. 17/200425) und die Gesetzesänderung des Bayerischen Verfassungs-  
63 schutzgesetzes vom 20.02.2018 (Drs. 17/20763), abzulehnen.

64 Sollten die Gesetze dennoch in Kraft treten, wird sie zusammen mit der BayernSPD Popularklagen beim  
65 Bayerischen Verfassungsgerichtshof oder Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht erhe-  
66 ben.

67 Ferner setzt sich die BayernSPD für einen Personalschlüssel, der sich an dem realen Bedarf vor Ort orientiert,  
68 und an einer langfristigen Strategie zur Einstellung und Ausbildung der Polizist\*innen ein.